

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Sie lesen auf Seite 27:
Waldemar A. Nielsen
Der Rubelkrieg

JEAN-LOUIS CLÉMENT

Afrika sucht sein Gesicht

Nachstehenden Artikel entnehmen wir mit freundlicher Genehmigung des Verlages der November-Nummer der französischen Monatsschrift „Réalités“.

„Afrika ist der Teil der Welt, der sich augenblicklich am schnellsten verändert. Seine Entwicklung zur Befreiung vom Kolonialstatus und zur Übernahme der Unabhängigkeit in eigener Verantwortung könnte durchaus den entscheidenden Faktor im Kampfe zwischen den Kräften der Freiheit und dem internationalen Kommunismus bilden.“
(Richard Nixon)

Als die europäischen Kolonialmächte nach dem Ende des zweiten Weltkrieges, enttäuscht von ihren asiatischen Abenteuern, eine Auffangstellung für ihre Hoffnungen und ihr Kapital suchten, war es nur zu natürlich, daß sie sich dem afrikanischen Kontinent zuwandten. Alles sprach für diese Lösung: ein fest verankerter europäischer Einfluß von alters her, die relative Passivität der eingeborenen Bevölkerung, noch wenig berührt von der nationalistischen Ideologie und politisch unorganisiert, und die Isolierung des afrikanischen Kontinentes am Rande der großen weltpolitischen Strömungen. In moralischer Hinsicht rechtfertigte sich die europäische Anwesenheit in Afrika leichter als anderswo. Sie brachte diesem Lande, das in Clans und Stämme zerstückelt war, eine politische Organisation und moderne Verwaltung; sie gab diesem Lande, das zu den ärmsten der Welt gehört, einen wirtschaftlichen Unterbau. Der Afrikaner erwies sich übrigens als ein viel gelehrigerer Schüler als der Asiate. Fleißig, passiv, als Persönlichkeit weniger fixiert, paßte er sich leichter als dieser der europäischen Erziehung und den westlichen Sitten an. Die neuen afrikanischen Eliten bezogen ihre Kultur von der Sorbonne, aus Cambridge und aus Oxford. Die Teilnahme der schwarzen Eliten aus dem französischen Afrika am Leben des Palais Bourbon oder die erstaunliche Akklimatisierung an die Sitten von Westminster in den Volksversammlungen der Goldküste oder von Nigerien scheinen ebenso Beweise eines tiefen Einver-

ständnisses zwischen den beiden Kontinenten zu sein. Europa glaubte instande zu sein, die afrikanischen Territorien allmählich zur Autonomie zu führen, aber nur unter der Bedingung, daß dieser Prozeß lange hinausgezögert würde und die Afrikaner vorher die Botschaft der Freiheit und Gleichheit im Sinne der westlichen Demokratie angenommen hätten.

Dieses Gebäude europäischer Pläne ist heute in Gefahr, vor allem deshalb, weil aus den Tiefen des afrikanischen Kontinentes heute neue Kräfte hervorgebrochen sind, die alle die Zurückweisung der europäischen Herrschaft und den Aufstieg zur Unabhängigkeit fordern. Ein weiterer Grund ist darin zu suchen, daß Afrika aufgehört hat, ein privilegiertes Einflußgebiet Europas zu sein. Es befindet sich heute in der ersten Frontlinie eines großen Kampfes der Kräfte der Freiheit mit denen des Kommunismus. Die Vereinigten Staaten, die UdSSR und China greifen immer mehr in die Entwicklung des afrikanischen Schicksals ein.

Dieses gewaltsame Eindringen innerer und äußerer neuer Kräfte in die afrikanische Politik erklärt, daß es für die europäischen Mächte immer schwerer wird, die Entwicklung in ihren

Territorien zu kontrollieren, trotz kühner Initiativen, wie z. B. die Bestimmungen der neuen französischen Verfassung über den Aufbau der „Communauté“. Diese neuen Kräfte muß man kennenlernen und richtig einschätzen, um eine afrikanische Politik, die unseren Interessen entspricht, ins Werk zu setzen.

Die rasche Entfaltung des Nationalismus nach dem zweiten Weltkrieg hat die Bedingungen des politischen Lebens in Afrika von Grund auf verändert. Seine Dynamik drückt sich ebenso in dem blutigen Ausbruch der Mau-Mau in Kenia aus wie auch unter der höflicheren Form der kürzlichen Erklärungen des Parteiführers Sekou Touré in Guinea, der versicherte, daß er es vorzöge, „lieber arm und frei als reich und versklavt“ zu leben.

Der Nationalismus, der seine Verzweigungen durch ganz Afrika ausstreckt, zieht seine Kräfte daraus, daß er es verstanden hat, die afrikanischen Massen, die bis dahin passiv waren, zu mobilisieren. Er hat sein Programm dem gesamten afrikanischen Kontinent aufoktroiert, der sich heute nach einheitlichen Parolen ausrichtet.

Ausbreitung des Nationalismus

Noch 1945 konzentrierte sich das politische Leben Afrikas in den Städten der Westküste zwischen Dakar und Brazzaville. Dort hatten sich Parteien und Gewerkschaften der Hauptstädte ausgebreitet, indem sie die schwarzen Eliten anwarben, die aus dem handeltreibenden Bürgertum der Hafenstädte hervorgegangen waren. Eine Kernzelle des politischen Lebens hatte sich herausgebildet, die allerdings noch wenig lebenskräftig war, da sie vollständig von den noch apathischen Massen isoliert war und eng mit dem politischen Leben in der je-

weiligen Hauptstadt verhaftet blieb. Einige Namen kennzeichnen diese Epoche: Lamine-Gueye in Dakar, Danquah an der Goldküste, Jules Ninine in Kamerun.

Der Ansturm des Nationalismus sprengte diesen engen Rahmen. Zwar hat sich der Nationalismus vor allen Dingen an der afrikanischen Westküste entwickelt und dort auch seine ersten Erfolge mit der Unabhängigkeit der Goldküste, die zum Staate Ghana wurde, erzielt, aber heute ist ganz Afrika von ihm erfaßt. Er zeigt sich unter den verschiedensten Formen, entsprechend

den von der jeweiligen Kolonialmacht geschaffenen Verhältnissen und den Entwicklungsgrade der Territorien.

In dem Teil Westafrikas, der die französischen Territorien Französisch-Westafrika und Französisch-Äquatorialafrika, Ghana und Nigerien umfaßt, hat die verhältnismäßig liberale Haltung Frankreichs und Großbritanniens die Entwicklung einer Vielzahl von Parteien, Gewerkschaften und Organisationen aller Art gestattet, die alle mehr oder weniger offen für die Unabhängigkeit streiten. Das Anwachsen des Nationalismus wirkte sich für diese Organisationen so aus, daß ein Bruch mit den hauptstädtischen Organisationen, aus denen sie vielfach hervorgegangen waren, eintrat und ein Wechsel der politischen Führungskräfte erfolgte.

Die Mehrzahl der Parteien und Gewerkschaften Westafrikas haben ihren Ursprung in der Zweigniederlassung einer hauptstädtischen Partei oder Gewerkschaft. Noch 1945 stellte sich Léopold Sedar-Senghor auf einer sozialistischen Liste zur Wahl, Houphouët-Boigny auf einer kommunistischen. Djibo Bakary, ein Gewerkschaftsführer in Nigerien, kämpfte in dem afrikanischen Zweige der C. G. T. française (kommunistisch beeinflusster Gewerkschaftsverband Frankreichs). Innerhalb von zehn Jahren ist der größte Teil dieser Verbindungen zerrissen: die S. F. I. O. (Sozialistische Partei Frankreichs) in Afrika wurde zur M. S. A. (d. i. mouvement socialiste africain = Sozialistische Bewegung Afrikas), die sich inzwischen der afrikanischen Konvention von Senghor angeschlossen hat, um die P. R. A. (Parti du Regroupement Africain = Partei der Afrikanischen Sammlung) zu bilden. Ebenso hat sich die R. D. A. (Rassemblement Démocratique Africain = demokratische Sammlung Afrikas) des Houphouët-Boigny, die eine kommunistische Filiale war, der U. D. S. R. (Union Démocratique et Socialiste de la Résistance = Demokratische und Sozialistische Union der Widerstandsbewegung) angeschlossen, indem sie sich jedoch eine weitgehende Selbständigkeit bewahrte.

Eine andere Veränderung, die ebenso bedeutend ist, ist die der politischen Führungskräfte. Man findet drei aufeinanderfolgende Generationen, wenn man die Zusammensetzung der Eliten Westafrikas analysiert. Da sind zuerst die Politiker älteren Datums, das ist der Fall bei Lamine-Gueye, dem sozialistischen Bürgermeister von Dakar, bei Danquah, dem Alt-Führer des United Gold Coast Congress; bei Léopold Sedar-Senghor in Senegal, bei M'Bida und bei Ninine in Kamerun und schließlich in geringerem Maße bei Nicolas Grunitsky in Togo. Sie waren schon vor der großen Welle des Nationalismus da; sie versuchen jetzt von ihr zu profitieren, aber sie verstehen sie kaum. Sie stammen zum größten Teil aus dem bürgerlichen Lager und sind heftigen Angriffen der Männer der zweiten Generation ausgesetzt.

Diese letzteren, zwischen 30 und 40 Jahren, schicken sich an, die Mannschaft vor ihnen abzulösen. Um vieles rühriger, suchen sie, die oft

aus Gewerkschaftskreisen kommen, sich auf die Massen zu stützen. Das ist der Fall bei Sekou Touré, Parteiführer in Guinea, bei Djibo Bakary in Nigerien, bei Sylvanus Olympio in Togo, bei Dr. Azikiwe, Führer des „National Council for Nigeria and Cameroons“, bei Obafemi Awolow, Führer der Action Group, beide im englischen Nigerien. Obwohl Houphouët-Boigny einer Übergangsgeneration angehört, kann er ihnen zugerechnet werden. Radikaler und in ihren Forderungen weitergehend als die Generation vor ihnen, haben die Männer der zweiten Generation in gewissen Territorien schon die Kommandohebel in der Hand: in Britisch-Nigerien, Guinea und Togo.

Schließlich ist noch von der dritten Generationswelle zu sprechen, d. h. von den Männern unter 30 Jahren, die zum größten Teil noch Studenten sind. Sie sind Extremisten, meist Marxisten, und werden die leitenden Männer von morgen sein, die ihre Ansichten zur Geltung bringen werden.

In den übrigen Teilen des Schwarzen Afrikas, Zentralafrika und Ostafrika, zu denen Kenia, Tanganjika, die Föderation von Rhodesien und Njassaland, Belgisch-Kongo, Angola und Mozambique gehören, hat der Nationalismus andere Formen angenommen, die von den jeweiligen Umweltverhältnissen, in denen er sich

ausbildete, bestimmt wurden. In diesem Teil Afrikas, der weniger entwickelt ist als Westafrika und auch weniger Eliten hervorbringt, haben die Kolonialmächte die Entfaltung der gewöhnlichen politischen Formen weit mehr gebremst. Es gibt praktisch keine Parteien und keine Gewerkschaften von Gewicht, außer vielleicht die Kenia Federation of Labour des Tom M'Boya.

Hinzu kommt, daß in den meisten dieser Territorien eine rührige weiße Minderheit existiert, die sich dort für dauernd niedergelassen hat. Das macht den Begriff der Unabhängigkeit doppeldeutig: Weiße und Schwarze wünschen sie, aber jeder zu seinem Vorteil. Dieser ganze Teil Afrikas ist aber auch mehr oder weniger von der Doktrin der Apartheid, die die Errichtung einer strengen Trennung von Weißen und Farbigen vorschlägt, angesteckt.

Der Nationalismus und der Wille zur Unabhängigkeit haben in diesen Gegenden Formen von Untergrundbewegungen angenommen, die mehr Anleihen beim traditionellen Afrika machen und sich als politisch-religiöse Geheimbünde manifestieren. Der berühmteste unter ihnen ist der Bund der Mau-Mau in Kenia, aber ähnliche Bünde bestehen auch in Belgisch-Kongo und in den portugiesischen Kolonien, z. B. der Kitawalismus oder der Kimbangismus.

Mobilisierung der Massen

Der Nationalismus hat Unruhe in alle Gebiete Afrikas gebracht und erstaunliche Erfolge erzielt, weil er es verstand, die bis dahin amorphen Massen Afrikas zu mobilisieren.

Diese Mobilisierung erfolgte durch Partei, Gewerkschaft, Spezialorganisationen und Geheimbünde. Sie wurde durch den Zerfall der traditionellen afrikanischen Gesellschaft erleichtert. Dieser war ebenso sehr eine Folge der raschen Verstärkung der Westküste wie auch der Einführung der Lohnauszahlung an den Einzelnen. Wie in allen reinen Agrarländern ruht die traditionelle afrikanische Gesellschaft auf der Großfamilie, den Clan, der eine ganze soziale Gruppe aus denselben Quellen nährt. Sobald die Großfamilie ihren Sitz in die Stadt verlegt oder sobald die Lohnauszahlung an den Einzelnen eingeführt wird, bricht sie auseinander und macht der Kleinfamilie Platz, wie wir sie in Europa kennen. Die Frau emanzipiert sich, die Kinder hören auf, von festen Strukturen gehalten zu werden. Die vermehrten Kontakte zwischen den verschiedenen Stämmen bewirken eine Selbstzerstörung der kulturellen Tradition. Dieser Zerfall des gesellschaftlichen und kulturellen Gewebes ist in Afrika besonders schwerwiegend, denn der Schwarze wird, im Gegensatz zum Europäer, weniger durch die Struktur der eigenen Person als durch die Struktur seiner Gruppe gehalten.

Wenn dieses Gewebe zerreißt, kommt ein Gefühl der Beraubung auf, das sich ganz natürlich im Politischen niederschlägt. Aber solche günstigen Voraussetzungen genügen nicht, vielmehr muß die Masse im Dienst des Nationalismus noch mobilisiert werden. Diese Rolle über-

nehmen die politischen Parteien, Organisationen und Geheimbünde.

Je afrikanischer die politische Partei wird, desto mehr entfernt sie sich vom westlichen Vorbild. Die Convention People's Party des N'Krumah ist ein gutes Beispiel der Partei des neuen Typus', die drei wesentlichen Merkmale aufweist.

Sie ist eine totalitäre Partei. N'Krumah hat begriffen, daß die politische Partei in Afrika nicht die Wesenszüge bewahren kann, die sie in den westlichen Demokratien besitzt. Die C. P. P. ist ein vollkommen ausgebautes soziales Gebilde. Es entspricht dem Verlangen des Schwarzen, ein totales Engagement einzugehen, das die Stelle seiner alten Bindungen an den Clan einnehmen kann. Die Partei beabsichtigt, alle Gefühle des Schwarzen für den nationalen Aufbau und die wirtschaftliche Entwicklung zu mobilisieren.

Diese Partei ist einzig in ihrer Art, zumindestens von Territorium zu Territorium (die Ergebnisse der Volksbefragung: 99,9 Prozent Ja-Stimmen an der Elfenbeinküste und 96,6 Prozent Nein-Stimmen in Guinea sind in dieser Hinsicht bemerkenswert). „Warum mehrere Parteiführer?“ fragen die Eingeborenen. Die Partei wird ein Ersatzstamm. In gleicher Weise nimmt der Stamm Einfluß auf die Bedeutung, die die Partei in diesem oder jenem Territorium hat. Der Konkurrenzkampf der Parteien, bei den Wahlen läßt die alten Stammesfehden wieder aufleben. In Guinea spiegelt die Rivalität zwischen der R. D. A. und der P. R. A. die traditionelle Feindschaft zwischen den Soussous und

den übrigen Völkern wider. Der Erfolg von Houphouët-Boigny ist zu einem Teil seiner Zugehörigkeit zu den Baoulés, den traditionellen Führern der Elfenbeinküste, zuzuschreiben.

Es tritt eine Verwechslung von Partei und Führer ein; so gibt es eine wirkliche Kongruenz von C. P. P. und N'Krumah. Die gesamte Bedeutung dieser Partei kommt aus der Erfahrung und dem Glauben, die dieser Mann ihr verleiht; die Aura dieses Mannes hat ihren Ursprung in der Organisation der Partei, die er aufgebaut hat. N'Krumah hat es verstanden, die Wirksamkeit eines modernen politischen Führers dem alten System persönlicher Beziehungen aufzupropfen; das erlaubt ihm, Vertrauen zu erhalten und zu bewahren. Politische Hymnen feiern ihn, sein Geburtstag ist ein nationales Fest; die Parteipresse sieht in ihm den „Erlöser von Ghana“, und die Menge schreibt ihm wunderbare Heilungen zu.

Die drei charakteristischen Merkmale der afrikanischen Partei, ihr Totalitarismus, ihre Rolle als Stammesersatz und ihre Führermystik.

Gewerkschaften und Geheimbünde

Schließlich müssen noch die Sondergruppen und Gewerkschaften betrachtet werden. Sie schließen sich ebenso der afrikanischen Tradition an. Man spricht nicht von Präsidenten oder Generalsekretären, sondern von „Häuptlingen“, es gibt keine „Büros“ oder „Exekutivkommissionen“, sondern nur die „Ältesten“. Man sucht unbewußt einen neuen Stammeskader zu schaffen, und die Mitglieder der Vereinigungen haben für die leitenden Männer dieselbe Verehrung, wie sie früher den Häuptlingen entgegengebracht wurde.

Die Jugendorganisationen sind die aktivsten Gruppen. Ein typisches Beispiel liefert die Bewegung „Juvento“ in Togo. Ursprünglich eine Abteilung der jungen Kräfte des C. U. T. (Comité de L'Unité Togolaise = Komitee für die Einheit Togos) des Sylvanus Olympio ist sie jetzt im Begriffe, eine selbständige Partei zu bilden, mit der die augenblickliche Regierung rechnen müssen. Ein anderes Beispiel: das „Committee of Youth Organisation“, das von N'Krumah 1949 gegründet und dann die Jugendliga der C. P. P. wurde, mit einem bedeutenden Einfluß auf diese Partei.

Die afrikanische Gewerkschaftsbewegung weist ihrerseits spezifische Wesenszüge auf. Sie geht meistens der Industrialisierung voraus und berührt nur einen geringen Prozentsatz der Lohnempfänger. Von 150 Millionen Einwohnern des Schwarzen Afrikas sind ungefähr 6 Millionen Lohnempfänger, und weniger als 500 000 Gewerkschaftler. (Das sind in den meisten Fällen Beamte und Angestellte, weniger Arbeiter)

Die Gewerkschaften spielen jedoch eine beachtliche Rolle im politischen Leben Afrikas. Abgesehen davon, daß sie eine wahrhafte Pflanzstätte zur Erziehung von Politikern sind, dienen sie ausländischen Kräften als Einfluß-

werden deutlich durch den Gedankengang, in dem sie sich bewegt:

Man muß alle Energie anspannen, um der Unterentwicklung zu begegnen und wenn nötig, von den Massen den Verzicht auf Erhöhung des Lebensstandards fordern — den sie sich von der Unabhängigkeit erhoffen — um die unabdingbaren Grundinvestitionen sicherstellen zu können.

Der kultursoziologische Gedankengang begünstigt nicht-demokratische Parteien europäischen Typs: der Schwarze hat nur für ein vollständiges Engagement Verständnis, das die vielfältigen Aspekte seiner Aktivität lenkt. Er will in ihr eine geistige Heimat und eine Solidarität wiederfinden, die der vergleichbar ist, die er in seinem Stammesverband besaß, bevor dieser durch die Zivilisation zerstört wurde.

Die Partei muß einen sehr starken Druck auf die Gesamtheit der Einwohner desselben Territoriums ausüben, um die Einheit aufrechtzuerhalten, die von Lokalpartikularismus und Stammesgegensätzen bedroht ist.

kanal, so den amerikanischen die C. I. S. L.¹⁾, den sowjetischen die C. G. T.

Da ferner die Schwarzen in zahlreichen Territorien nicht über politische Parteien verfügen, um ihren Forderungen Ausdruck zu verleihen, haben sie versucht, die Gewerkschaften zu ihrem Sprachrohr zu machen, die dadurch einen stark politischen Akzent bekommen haben. Tom M'Boya z. B. hat in dieser Absicht die „Kenya Federation of Labour“ gegründet. Ebenso findet man in Südrhodesien sehr entwickelte schwarze Gewerkschaften.

Es bleiben zum Schluß die Geheimbünde. Zunächst ist zu bemerken, daß selbst in Parteien und Gewerkschaften Geheimkulte einen gewissen Einfluß haben. In Kamerun z. B., im Bamilekenland, haben die Geheimbünde die Form einer Gewerkschaft angenommen. Im Sudan müssen die politischen Parteien sich mit dem Geheimkult, bekannt unter dem Namen „Kono“, ins Benehmen setzen. In Guinea und an der Elfenbeinküste benutzt der R. D. A. einen ähnlichen Bund, genannt „Poro“, für seine Zwecke. Ebenso verdankt Abbé Fulbert Youlou, Bürgermeister von Brazzaville, seinen Wahlerfolg der Sekte der Matsuisten. Matsu André Grenard war ein Katechet, der von den Patres wegen Disziplinlosigkeit entlassen wurde. Er gründete eine Sekte, die auf mystischem Glaubensgut beruht, und gab vor, alle Wünsche denjenigen erfüllen zu können, die ihm eine finanzielle Unterstützung angedeihen ließen. Seine Getreuen glauben ihrerseits, daß er ihr Mittler bei N'Gol sei, einer Gottheit, in der man General de Gaulle zu erkennen geglaubt hat. Matsu wurde festgesetzt und starb im Gefängnis, aber seine Gläubigen sind davon überzeugt, daß er noch lebt, und Abbé Fulbert

1) C. I. S. L. = I. B. F. G. (d. i. Internationaler Bund Freier Gewerkschaften).

Youlou bemüht sich, den Kult der Matsuisten zu seinem Vorteil zu gebrauchen.

Trotz dieser wechselseitigen Durchdringung von politischem Leben und mystischer Gläubigkeit treten die Geheimbünde hauptsächlich in den Territorien auf, in denen die Afrikaner keine festen politischen Parteien besitzen und nicht am politischen Leben teilnehmen können. Das ist der Fall in Kenia mit den Mau-Mau und in Belgisch-Kongo mit dem Kimbangismus und dem Kitawalismus.

Die Mau-Mau erscheinen wie eine Art von afrikanischem Nationalsozialismus auf rassistischer Basis. Es ist eine terroristische Organisation, deren wesentliche Bestandteile sich aus dem Stamm der Kikouyous rekrutieren. Sie sind untereinander durch einen Schwur verbunden, der von blutigen Riten begleitet wird. 1952 erhoben sie sich und schufen eine halb-revolutionäre Situation, indem sie eine Atmosphäre von Schrecken und Hysterie erzeugten.

Die Bewegung des Kimbangismus ist in direkter Linie mit der Mau-Mau-Bewegung verwandt. Die Kikouyous, überzeugte Christen, entdeckten, daß zahlreiche Europäer sich in der Praxis als laue Christen zeigten; sie gründeten daher pseudo-christliche Sekten, die den Mau-Mau den Weg bereiteten.

Simon Kimbangu wurde 1889 in der Nähe von Léopoldville geboren. Er wurde Katechet. Im Jahre 1921 verkündete er die Ankunft Christi und gab sich dann selbst als Messias aus. Er predigte den Kampf gegen die Weißen und gab die Parole aus: „Der Kongo den Kongolanern!“ Er wurde verhaftet und deportiert, aber der Kimbangismus verschwand nicht mit seinem Oberhaupt. Simon M'Padi übernahm die Führung der Bewegung und forderte das Recht, eine Kirche der Schwarzen zu gründen, was ihm aber verweigert wurde. Im November 1945 brach in Matadi der Streik aus; die Kimbangisten stürzten sich auf die Maschinengewehre der Ordnungskräfte. M'Padi wurde verhaftet, die Bewegung verboten, aber sie verschwand nicht, sondern existierte unter dem Namen „Mission der Schwarzen“ weiter.

Die Kitawalas sind Fanatiker, die ebenso die religiöse Erneuerung predigen. Sie stellen die Mehrheit der 3800 Gefangenen, die augenblicklich in Belgisch-Kongo inhaftiert sind. Während der Kimbangismus seine Heimat im Westen des Kongogebietes hat, ist der Südosten Afrikas das Ursprungsland des Kitawalismus. Diese Sekte verkündet, indem sie sehr frei die Bibel auslegt, religiöse Lehren apokalyptischer Art. Sie sagt den Untergang der Weißen für den Tag voraus, an dem sich die Mitglieder des „Watch Tower“ (eine amerikanische religiöse Gemeinschaft), die den Kitawalismus ins Leben gerufen hat, wiedervereinigen. Diese Sekte ist fest verankert in der Süd-Afrikanischen Union, in Njassaland und Rhodesien und dringt allmählich nach Katanga vor, im Süden von Belgisch-Kongo. Ihre Organisation ist so vervollkommenet (die Gläubigen sind in Zellen eingeteilt),

daß man behauptet hat, die Bewegung würde von den Kommunisten unterstützt.

Die Botschaft des Nationalismus

Obwohl sich der Nationalismus von Dakar bis Nairobi, von Lagos bis Léopoldville unter den verschiedensten Formen manifestiert, ist er überall der Träger derselben Botschaft. Er verlangt die Unabhängigkeit. Diese Forderung wird jetzt von den freien Territorien unterstützt, zum Beispiel von dem Ghana des N'Krumah, — das als Propagandazentrum und Stützpunkt für Agitatoren dient. Der gleiche Wunsch nach Unabhängigkeit und Autonomie äußert sich in den Resolutionen des Kongresses von Cotonou der P.R.A. oder in dem Willen der Kimbangisten, eine eigene Religion zu besitzen, unabhängig

von den Religionen, die die Weißen gebracht haben.

Auf dem Gebiete der politischen Organisation ist die Stellung der Nationalisten unterschiedlich. Wenn sich auch eine große panafrikanische Strömung abzeichnet, die von Georges Padmore, dem Berater N'Krumahs, ermutigt wird, so sind doch auch separatistische Tendenzen am Werke, die den Auseinanderfall räumlicher Einheiten wie Französisch-Westafrika oder Französisch-Äquatorialafrika zur Folge haben können. Ebenso kämpfen in Ghana, das schon unabhängig ist, die Ashantis, ein Volksstamm aus dem Inneren des Landes, gegen die Autorität von Accra. Dr. Awolowo erklärt seinerseits, daß West- und Ostnigerien so verschieden sind wie Irland und Deutschland.

Rolle des Sozialismus

Auf dem Gebiete wirtschaftlicher Theorie und Planung zeigen sich die meisten der führenden Afrikaner als marxistische Sozialisten. Der Sozialismus wird allgemein als wesentliches Ziel auf wirtschaftlichem Gebiete angesehen. So urteilen Persönlichkeiten, die so verschieden sind wie: G. Padmore, N'Krumah („Ich bin ein marxistischer Sozialist“, schreibt er in seiner Autobiographie.), Sekou Touré (R.D.A.), Mamadou Dia oder Djibo Bakary (P.R.A.). Gewisse Kreise stellen sich dieser Auffassung entgegen: die schwarzen Industriellen oder der Finanzminister von Ghana (M. Gbedemah), Präsident Tubman oder Kaiser Haile Selassie. Aber der Sozialismus spielt unter zwei Aspekten eine sehr bedeutende Rolle in Afrika.

Was die Ideologie betrifft, so ist unter dem Gesichtswinkel eines Padmore vor allen Dingen und zahlreicher afrikanischer Intellektueller ein dynamischer Nationalismus, der auf einem sozialistischen Programm ruht, die einzige Kraft, die in der Lage ist, den Kommunismus in die Schranken zu weisen. Was die Methode zur wirtschaftlichen Stärkung der Territorien betrifft, so sind der Sozialismus und die Planwirtschaft die einzigen Mittel, die Industrialisierung zu beschleunigen und eine ganze Entwicklungsstufe der Wirtschaft zu überspringen, wie in der UdSSR und China.

Dennoch kann man die Erfolge, die seit dem Ende des zweiten Weltkrieges auf dem Wege zur Unabhängigkeit errungen wurden, nicht gänzlich der afrikanischen Eigenkraft zuschreiben. Wahrscheinlich wäre die Entwicklung zur Unabhängigkeit sehr viel langsamer verlaufen, wenn Afrika nur seinen eigenen Kräften überlassen worden wäre und mit den Kolonialmächten in einen Wettkampf eingetreten wäre. Neuerdings ist das Schwarze Afrika zu einem Kreuzungspunkt internationaler Einflüsse geworden, und die traditionellen europäischen Einflußmächte müssen mit diesen neuen Kräften rechnen.

Trotz rascher Bedeutungsabnahme bewahren sich die Kolonialmächte noch einen Vorzugsplatz in Afrika. Das gilt vor allem für Groß-

britannien und Frankreich, in geringerem Maße für Belgien und Portugal, die trotz einer scheinbaren Behauptung ihrer Positionen morgen schon einem gewaltsamen Druck vielleicht werden weichen müssen und gezwungen sein könnten, den afrikanischen Kontinent zu verlassen. Im Augenblick allerdings scheinen die Belgier ihrer Stellung in Belgisch-Kongo noch sicher zu sein. Die Handlungsweise des katholischen Klerus — ein wenig patriarchalisch — einerseits und das Bemühen der großen Industriegesellschaften (z. B. der „Union Minière du Haut-Katanga“) andererseits, die eine fortschreitende Erhöhung des Lebensstandards ihrer afrikanischen Arbeiter anstreben, haben bisher zu gewaltsamen Spannungen zwischen den Kolonisierten und den Kolonisateuren verhindert. Großbritannien und Frankreich verfolgen die Vorgänge in Afrika mit großer Aufmerksamkeit. Beide scheinen zuzugestehen, daß sich ihre Kolonien in fortschreitendem Maße auf die Autonomie und schließlich die Unabhängigkeit hinbewegen. Aber ihre Mittel und Ziele weichen voneinander ab.

Der britische Einfluß benutzte drei Kanäle:

1. die Beamtschaft des britischen Kolonialamtes, die entweder unmittelbar das Land verwaltet, wie in Kenia oder Nigerien, oder in beratender Funktion tätig ist, wie im Sudan oder in Ghana.
2. die großen Handelsgesellschaften, deren vollendetester und mächtigster Typ die „United Africa Company“ (Unilever, englisch-holländischer Trust) ist. Diese existiert in allen englischen und französischen Territorien unter den verschiedensten Bezeichnungen (Nosoco, Compagnie Française de la Côte-d'Ivoire, John Walkden, G. B. Ollivant, le Niger Français, Compagnie du Kouilou-Biari, Palmine). Er beschäftigt von Dakar bis Johannesburg 40 000 Europäer, besitzt eine Flotte, Werkstätten, Fabriken und Sägewerke.
3. die Commonwealth-Organisationen. Dieses elastische und doch feste Gebilde ist in der Lage, einen kürzlich unabhängig gewordenen

Staat in einem Rahmen von englischen Traditionen in der Politik und Wirtschaft aufzunehmen. Auf dem indirekten Wege des Commonwealth hält Großbritannien seine Verbindung mit Ghana aufrecht und wird sie morgen mit Nigerien aufrechterhalten, wenn es unabhängig geworden ist.

Großbritannien verfolgt eine ganz bestimmte Politik, indem es diese drei Aktionsmittel benutzt: In West- und Süd-Afrika führt es seine Besitzungen ziemlich schnell zur Unabhängigkeit und ist bestrebt, die Föderation eines vereinigten West-Afrikas zu organisieren. Dabei schwebt ihm das strategische Ziel vor Augen, quer durch Afrika einen Wall gegen die arabisch-islamische Ausdehnung auf den Süden, Ghana, Nigerien und den Englisch-Ägyptischen Sudan, aufzurichten. In Zentral- und Ost-Afrika hat Großbritannien erheblich größere Schwierigkeiten: es hat den Wunsch, eine weitgehende Autonomie zuzugestehen, aber es trifft auf den Widerstand der Kolonisten, die zwar für die Unabhängigkeit sind, aber nur unter der Bedingung, daß sie die Nutznießer sind. Da eine Entscheidung Großbritanniens für diese oder jene Seite keine Lösung bringt, gerät sein Einfluß, der ebenso von den Schwarzen wie den Kolonisten bekämpft wird, in Gefahr. Diese Entwicklung kann dramatische Züge annehmen, denn Großbritannien führt in Rhodesien den Versuch einer raschen Industrialisierung durch, den Beobachter aus ganz Afrika aufmerksam verfolgen.

Der französische Einfluß vollzieht sich vor allem über die Erziehung der Eliten auf französischen Schulen und Universitäten, ferner über die Handelsgesellschaften, wie die S.C.O.A. und die C.F.A.O., die an der Elfenbeinküste, in Togo und in Dahome sehr aktiv sind, und neuerdings über die großen Trusts, die sich für die Bodenschätze und Energiequellen Afrikas interessieren. Péchiney und Ugine z. B. haben dem Gebiet von Edéa zur Bedeutung verholfen.

In Französisch-Westafrika ebenso wie in Französisch-Äquatorialafrika wirkt Frankreich vor allen Dingen durch seine umfangreichen Investitionen (600 Milliarden Francs von 1947 bis 1956) und heute durch die Gründung eines französischen Commonwealth im Rahmen einer föderalistischen Republik. Der persönliche Einfluß General de Gaulles und die Bestimmungen der neuen französischen Verfassung, die sich auf die „Communauté“ beziehen, verstärken ohne Zweifel die Chancen einer echten Zusammenarbeit zwischen Frankreich und seinen afrikanischen Territorien. Leider machen sich die französischen und englischen Experimente gegenseitig Konkurrenz, während sie beide von denselben Gefahren bedroht sind. Diese hartnäckige Rivalität wird durch den Kampf ohne Pardon zwischen Houphouët-Boigny und N'Krumah symbolisiert.

Interessen der USA und der UdSSR

Zwei Vorgänge vor kurzem beleuchten das Interesse, das die beiden Weltmächte Afrika entgegenbringen. In den Vereinigten Staaten ist ein neues Staatssekretariat im Außenministerium für die afrikanischen Angelegenheiten geschaffen worden. Sein Leiter ist M. Julian Holmes. In der UdSSR gehören die Angelegenheiten der afrikanischen Länder seit kurzem zum Aufgabenbereich einer Spezialabteilung, die neuerdings im Außenministerium eingerichtet worden ist. Sie wird von A. A. Chvedov geleitet.

Die Vereinigten Staaten wenden ihre Aufmerksamkeit Afrika aus zwei Gründen zu:

1. wirtschaftliche Interessen: Sie müssen 1975 im Ausland 80 Prozent ihres Manganerzes, 65 Prozent ihres Kupfers, 50 Prozent ihres Eisens und einen Teil ihrer strategisch wichtigen Metalle kaufen. Afrika ist eines der möglichen Reservoirs der freien Welt für Grundstoffe.
2. strategische Interessen: Die Verteidigungslinie des Westens geht durch Lybien, den Sudan und Äthiopien.

Die Vereinigten Staaten unterstützen mit Kraft und Festigkeit die Bewegung zur Unabhängigkeit; sie verfügen hierfür über ein eigenes Instrument, den I. B. F. G. (Internationaler Bund Freier Gewerkschaften), in dem der amerikanische Einfluß dominiert. Der I. B. F. G. repräsentiert 15 Millionen Anhänger seine Gewerkschaftszentralen sind die reichsten. Über ihn übt Amerika seinen wirksamsten Einfluß in Afrika aus. Sein Zentralbüro befindet sich in Brüssel. Es gibt seine Weisungen an zwei Unterabteilungen in Accra und Nairobi. Ungefähr ein Dutzend Gewerkschaftsorganisationen des Schwarzen Afrikas sind im Augenblick dem I. B. F. G. angeschlossen. Die einflußreichsten sind die von Britisch-Kamerun (20 000 Mitglieder), von Ghana (65 000), von Kenia (35 000), von Nigeria (30 000), von Rhodesien (75 000) und von Sierra Leone (15 000).

Der I. B. F. G. versucht aus rein gewerkschaftlichen Gründen selbständige Arbeiterbewegungen ins Leben zu rufen, die über den engen Rahmen der Gewerkschaftsbewegung hauptstädtischen Ursprungs hinausgreifen können, die ferner in der Lage sind, mit den kommunistischen Gewerkschaften auf dem Gebiete des Nationalismus zu wetteifern und dem drängenden Volksverlangen in den Hauptstädten und bei den Lokalverwaltungen mehr Geltung zu verschaffen.

Die Politik des I. B. F. G. läßt sich in drei Worten zusammenfassen: Antikolonialismus, Antikommunismus, Antifeudalismus. Sie bemüht sich, die aus dem 19. Jahrhundert überkommenen Fronten bedeutungslos zu machen und großräumige politische und wirtschaftliche Gemeinschaften zu errichten. Auf allen internationalen Konferenzen, die den Kolonialproblemen gewidmet sind, hat der I. B. F. G. das Recht der afrikanischen Bevölkerung auf Selbst-

bestimmung proklamiert und die Rassentrennung verurteilt.

Ein anderer Weg des amerikanischen Einflusses geht über die großen Handelsgesellschaften. Die „Firestone Tire and Rubber Company“ stellt einen Staat im Staate Liberia dar. Die Bank von Monrovia gehört zu ihr, sie beherrscht das Land. Die „United States Steel Corporation“ spielt eine bedeutende Rolle in Gabon (mitten im französisch-amerikanischen „Comilog“, gegründet, um Manganerze auszubeuten). Die „Fyfe“, eine Filiale der „United Fruit“ ist in Kamerun einflußreich.

Rußland mißt dem schwarzen Kontinent bei seinen Welteroberungsplänen dieselbe Bedeutung zu wie dem China vor 25 Jahren. Die Russen üben Einfluß durch ihre Botschaften in Khartum und Addis-Abeba aus, ferner durch ihre Wirtschaftshilfen. Sie haben Äthiopien, dem Sudan und kürzlich auch Lybien Darlehen angeboten. Sie unterstützen die extrem linken Gewerkschaften, vor allem die C. G. T. (kommunistisch beeinflusster Gewerkschaftsbund Frankreichs) und ihren Führer Jacques N'Gom in Kamerun. Sie schenken der Jugend große Aufmerksamkeit. Schwarze Studenten, die zum Studium nach Europa kommen, werden von den Lokalorganisationen der kommunistischen Parteien empfangen. Junge Afrikaner werden zu internationalen Kundgebungen nach Moskau eingeladen.

Welches Ergebnis haben diese Bemühungen bis jetzt gehabt? Der Kommunismus stellt sich den Afrikanern unter drei Aspekten dar: als eine antiimperialistische Bewegung, als eine Methode der Industrialisierung und schließlich als eine Ideologie.

Die Chancen der beiden ersten Darstellungsformen sind bedeutend: ein brüderliches Gefühl

Politik des Vatikan und Islam

Der Vatikan erstrebt die Unabhängigkeit. Seine Politik umfaßt zwei Aspekte. Der eine ist das Bemühen, die koloniale Note zu eliminieren, indem man schwarze Priester und Bischöfe heranbildet. Die europäischen Priester sollen sich der Sprache und den Gewohnheiten der Schwarzen angleichen. Der andere ist die Einflußnahme auf die Jugend, die morgen das Land regieren wird (Enzyklika Evangelii Praecones von 1953). Die Kirche legitimiert den Wunsch nach Autonomie (Erklärung der katholischen Missionen von Französisch-Westafrika 1955 – der belgischen kath. Bischöfe 1956).

Der Einfluß des Vatikan wirkt sich in den Gebieten mit einflußreicher katholischer Minderheit aus, in den portugiesischen Kolonien und Belgisch-Kongo (3 Millionen der Bewohner Kongos sind katholisch, d. h. ein Viertel der Bevölkerung – es gibt dort 26 Bischöfe, von denen einer ein Schwarzer ist, und 300 schwarze Priester. Der katholische Einfluß ist am stärksten in den Gebieten, in denen die Missionen mit der Erziehung beauftragt sind). In Französisch-Westafrika sind von 19 Millionen Ein-

der Zuneigung zu Rußland entwickelt sich, hervorgerufen durch die von Rußland übernommene Rolle eines Verteidigers afrikanischer Volksinteressen gegenüber den Kolonialmächten (besonders in der UNO). Ferner macht die Durchführung der Industrialisierung in Rußland und China Eindruck. (Die Afrikaner wollen wie die Russen eine Entwicklungsstufe überspringen und von der Unterentwicklung direkt zur Industrialisierung kommen.) Gegenwärtig sind die bedeutendsten Führer Afrikas durch den Kommunismus hindurchgegangen oder sind von ihm beeinflusst worden. Bis 1950 war der R. D. A. mit der französischen kommunistischen Partei verbunden (aus Gründen der politischen Strategie, wie er heute erklärt). N'Krumah bezeichnet sich als „marxistischen Sozialist“. Georges Padmore, der Leiter der panafrikanischen Bewegung und Berater von N'Krumah, war eine beträchtliche Zeitspanne seines Lebens Kommunist. Jomo Kencatta, einer der nationalsozialistischen Führer von Kenia, hielt sich lange Zeit in Moskau auf.

Für die dritte Darstellungsform, die Ideologie, ist das Ergebnis weniger beweiskräftig: alle Parteiführer haben sich vom Kommunismus gelöst, denn seine Ideologie entspricht nicht der Mentalität und den Verhältnissen der Schwarzen. Der Klassenkampf findet kein Echo in Afrika – es gibt hier keine Klassen westlichen Typs – und der Materialismus schockiert die Neigung des Schwarzen zur Mystik.

Von 150 Millionen des Schwarzen Afrikas sind 30 Millionen Christen, 35 Millionen Muselmanen und 85 Millionen Animisten. Während die Animisten gar nicht organisiert sind und keine politische Kraft darstellen, handeln der Vatikan und der Islam nach ähnlicher Methode und führen eine eigene Politik durch.

wohnern 460 000 Katholiken (2,5 Prozent), hauptsächlich konzentriert in Dahome und an der Elfenbeinküste (7 Prozent der Bevölkerung). In Französisch-Äquatorialafrika sind von 4,8 Millionen Einwohnern 412 000 Katholiken (9 Prozent). In Togo 11 Prozent, in Kamerun 15 Prozent.

Die rasche Ausbreitung des Islams im Schwarzen Afrika hat mehrere Gründe: ihm fehlt der Individualismus; seine religiösen Glaubenssätze sind leicht verständlich, seine Riten einfach; erkennt nur eine passive Haltung gegenüber der Gottheit und gestattet die Polygamie. Deshalb entspricht er in besonderer Weise der Mentalität der Schwarzen. Seine Erfolge sind eindrucksvoll in: Senegal, Mauretanien, in der Niger-Kolonie, im französischen Sudan, in Sierra Leone, Gambia, Tschad, im Norden von Ghana, Nigeriens und Kameruns, längs der Küste von Kenia und in Tanganjika. Weniger bedeutsam ist sein Einfluß in Guinea und in Dahome.

Seine Wirkung vollzieht sich häufig im Sinne eines Regionalismus, vor allem in den nördli-

chen Territorien Westafrikas. Im nördlichen Teil von Nigerien z. B. versucht die leitende islamische Schicht, die unter dem von den Engländern eingerichteten und kontrollierten Verwaltungsregime hochgekommen ist, ihre privilegierte Stellung zu behaupten. Daraus erklärt sich der Gegensatz zwischen ihr und den Politikern des Südens, der umso größer ist, je mehr das Land auf seinem Wege zur Unabhängigkeit fortschreitet.

So ist es zu verstehen, daß in Ghana sich die muslimische Union der Goldküste (G. C. - M. A.) in eine politische Partei verwandelt hat, in die M. A. P., während sie vorher ihre Tätigkeit nur auf das soziale Gebiet und das Erziehungswesen beschränkte. Die C. P. P. hat diesen Einbruch der Religion in das politische Leben als eine „Pakistanisierung“ der Goldküste verurteilt. Die Hauptrolle des Islams jedoch besteht darin, den Einfluß Nassers zu verbreiten. Die Mystifizierung der Konferenz von Bandung und der von Kairo beeindruckt in starkem Maße die afrikanischen Nationalisten, und für sie gilt Nasser als Beispiel, Vorkämpfer und als eine auswärtige Stütze ersten Ranges. Er unterhält gute Beziehungen zu Ghana. Als die Führer der

U. P. C. nach den Unruhen in Kamerun fliehen mußten, fanden sie in Kairo eine Zuflucht.

Man muß sich von nun an mit dem neuen Gesichte Afrikas vertraut machen, wie es sich unter der Einwirkung der verschiedenartigsten Einflüsse darstellt. Vorweg muß man sich damit abfinden, daß aus dem Kolonialafrika ein unabhängiges Afrika wird. Gewisse Territorien, haben sie nur erst einmal die Unabhängigkeit errungen, wollen eine enge Verbindung zu ihrem Mutterland im Rahmen des französischen oder britischen Commonwealth eingehen. Die Unabhängigkeitsbewegung selbst ist jedoch unabwendbar. Die Kräfte, die ihr Unterstützung gewähren, sind zu groß (und wären es auch nur die Vereinigte Arabische Republik, die UdSSR und der Vatikan, wenn auch aus den unterschiedlichsten Beweggründen).

In den kürzlich unabhängig gewordenen Staaten wird eine Elite die Macht übernehmen und sie in einer fast autoritären Weise ausüben. Es hieße sich Illusionen machen, wenn man von den afrikanischen Ländern Achtung vor den Regeln der Demokratie im westlichen Sinne erwartet. Die unabdingbaren Gesetze einer Entwicklung solch primitiver Wirtschaftsverhält-

nisse stehen ihr entgegen, noch mehr aber das politische Temperament der Schwarzen.

Mehr als je wird Afrika zur Trumpfkarte des Westens im strategischen Kräftespiel werden. Der Weg nach Südamerika, durch das die UdSSR die Vereinigten Staaten paralisieren wollen, führt über Afrika. Das rechtfertigt die amerikanischen Anstrengungen, die in letzter Zeit unternommen wurden, um die Verteidigung des afrikanischen Kontinents zu organisieren.

Als letztes endlich: Die europäischen Mächte können darauf hoffen, einen sicheren Einfluß im afrikanischen Kontinent zu behaupten, wenn sie die agrarische und industrielle Entwicklung Afrikas wirkungsvoll fördern, die gerade erst begonnen hat und das drückendste Problem dieses Erdteiles bleibt. Die Voraussetzung für ein erfolgreiches Handeln der europäischen Mächte in Afrika ist allerdings, daß sie dem Wunschbild „Eurafrika“ entsagen und allen damit verknüpften Hoffnungen, das Problem des europäischen Prestigeverlustes in der Welt wie mit einem Zauberwort lösen zu können.

WALDEMAR A. NIELSEN

Der Rubelkrieg

Nachfolgende Betrachtung ist mit freundlicher Genehmigung des Verlages der September-Nummer 1958 der amerikanischen Monatsschrift „Harper's Magazine“ entnommen.

Die Wirtschafts-Offensive der Russen kann eines Tages für uns viel gefährlicher werden als ihre Armeen. . . . wir können jedoch auf diesem Feld der Auseinandersetzung siegen, wenn wir endlich damit aufhören, uns etwas vorzumachen, und wenn wir anfangen, für unsere „Errungenschaften“ wirklich zu kämpfen.

Hier einige Tatsachen:

1. Im ersten Quartal des Jahres 1958 hat der sowjetisch-chinesische Block erstmalig mehr Stahl produziert als die Vereinigten Staaten.
2. Die Sowjetunion hat in diesem Jahr Großbritannien von seinem Platz als größter Käufer des uruguayischen Hauptexportartikels, der Wolle, verdrängt.
3. Das von den Sowjets in Indien erbaute Stahlwerk mit einer Kapazität von 1 Million Tonnen geht der Vollendung entgegen. Die bei diesem Projekt eingesetzten russischen Ingenieure sind erstklassig. Auch die von den Russen gelieferte Installation ist ausgezeichnet.
4. Im März dieses Jahres unterboten die Russen durch einen Massenabsatz von hochgradigem Aluminium in Großbritannien den kanadischen Großproduzenten, die Aluminium LTD., die gerade zwei cents per Pfund heruntergegangen war. Amerikanische Gesellschaften reagierten sofort und verlangten ihrerseits eine Protektion gegen ausländisches Dumping.
5. Afghanistan ist Rußland gegenüber mit einem Viertel seines gesamten Nationaleinkommens von rund 600 Millionen Dollar jährlich verschuldet als Folge der von den Sowjets angenommenen Investitionskredite.
6. Im Juli dieses Jahres bot die Sowjetregierung Argentinien ein Kompensationsgeschäft, das Installationen für die Erdölförderung im Werte von hundert Millionen Dollar vorsah.
7. Die Tschechoslowakei hat jetzt für Ägypten einen Sender installiert, der eine Kapazität von 300 Kilowatt hat und der größte im ganzen Nahen Osten sein soll.

Das sind alles nur Bruchstücke von Beweismaterial für unsere These. Wir könnten noch hunderte von anderen dieser Art anführen. Wenn man alle diese Bruchstücke sorgfältig zu

einem Gesamtbild zusammenfügt, dann bekommt man langsam einen Eindruck von dem immer stärker anwachsenden Wirtschaftspotential, das schon heute hinter dem russischen Kampf um die Weltherrschaft steht.

Nachdem die Russen jahrelang die Reißbrett-Produktion forciert, riesige Kapital-Investitionen vorgenommen und die Verbrauchsgüterindustrie rücksichtslos vernachlässigt hatten, ist jetzt für sie der Zeitpunkt gekommen, wo sie die Früchte dieser Politik in die Scheuer bringen können. Ihre ganze Industrie hat einen sensationellen Aufschwung erfahren und wird jetzt von einem Rekord zum anderen gesteigert. Die Produktion reicht heute bereits aus, um vier Ziele auf einmal verfolgen zu können: Die Fortsetzung einer ungeheuren Aufrüstung; eine eindeutige, wenn auch noch langsame Anhebung des Lebensstandards für die Bevölkerung; ein Nachlassen in der Ausbeutung der Satellitenstaaten und schließlich eine Inszenierung größerer Störmanöver auf dem gesamten Weltmarkt.

Die Intentionen, die ein Chruschtschow in bezug auf dieses neue Machtpotential im Auge hat, werden dabei in keiner Weise verschleiert. Im Gegenteil: Chruschtschow hat diese Intentionen mit der ihm eigenen, geradezu liebenswerten Offenheit jedermann deutlich vor Augen geführt. „Wir erklären Euch“, so sagte er vor gar nicht langer Zeit, „den Handelskrieg, wenn Sie mir diesen Ausdruck verzeihen wollen . . . wir werden die Vereinigten Staaten besiegen . . . in diesem, unserem Ziel werden wir

nicht nachlassen und im Endeffekt dadurch die Überlegenheit unseres Systems unter Beweis stellen“.

Chruschtschows charakteristischerweise von Selbstvertrauen geradezu strotzenden Behauptungen wären noch vor gar nicht allzu langer Zeit in den Vereinigten Staaten mit einem Gefühl der freudigen Erleichterung aufgenommen worden. In jener unschuldsvollen Vor-Sputnik-ära, in der es uns selber nicht im geringsten an Selbstvertrauen mangelte, hatten viele von uns das Gefühl, daß der kalte Krieg in dem Augenblick beendet sein würde, indem sich das Schwergewicht von den Waffen zu der industriellen Produktion verlagern würde. Wenn heute die Gefahren der Interkontinentalen Raketen und Atom- und Wasserstoffbomben tatsächlich geringer geworden sein sollten (was ja keineswegs sicher ist), dann müßten wir dies wirklich als einen Gewinn verbuchen. Die Aussichten auf einen endlosen, alles umfassenden Wirtschaftskrieg sind jedoch alles andere als beruhigend. Die von hier aus der Erhaltung unserer Freiheit drohende Gefahr mag vielleicht langsamer und indirekter auf uns zukommen, als dies auf dem Gebiete der Bomben der Fall wäre. Deswegen kann die Gefahr aber genau so tödlich für uns sein. Und dennoch haben die Vereinigten Staaten auch heute, zwei Jahre nachdem die Sturmzeichen unmißverständlich deutlich geworden sind, kaum angefangen, sich zu ernsthaften Maßnahmen aufzuraffen.

Teilnahme am Welthandel

Wenn man von einer kurzen Zeitspanne Anfang der dreißiger Jahre absieht, so wird man sagen müssen, daß die Sowjetunion in ihrer ganzen, nun schon vierzigjährigen Geschichte wie eine Kolonie von Einsiedlern gelebt hat, d. h. also völlig vom Welthandel abgeschnitten gewesen ist. Bis vor kurzem war die übrige Welt an die Produktion Rußlands nur in bezug auf Holz und Pelze interessiert. Noch entscheidender war die Entschlossenheit der sowjetischen Führer, ihr Land ohne jede Abhängigkeit von den „Übeln des Kapitalismus“ zu modernisieren.

Mit dem Tode Stalins im Jahre 1953 erfuhr dieser russische Isolationismus eine Änderung. Jetzt ließ es die jahrelang forcierte Industrialisierung logischerweise ratsam erscheinen, daß sich die Sowjetunion nach neuen Rohstoffmärkten umsah. Hinzu kam, daß die sowjetischen Strategen in solchen Handelsgeschäften nicht nur wirtschaftliche Profite, sondern auch sehr vielversprechende politische Möglichkeiten witterten.

Seit 1953 klappern daher die Russen mit großem Fleiß die Handelsrouten der ganzen Welt ab und bieten ihre Waren feil. Auf Messen und Ausstellungen stellen sie durchaus beeindruck-

kende Güter zur Schau und entsenden Delegationen in alle Ecken der Welt, um den Außenhandel in Schwung zu bringen. Diese Politik hat dazu geführt, daß das Volumen ihres Außenhandels ständig im Ansteigen begriffen ist, wenngleich es natürlich im Verhältnis zum Westen immer noch nicht als groß anzusprechen ist. Auch haben die Russen jetzt — und das ist eigentlich noch interessanter — damit begannen, sich in das beliebte Spiel der Reichen dieser Welt einzuschalten, in das Spiel nämlich, das unter dem Namen „Auslandshilfe“ bekannt geworden ist. Seit 1954 haben die Länder des Sowjetischen Blockes mit insgesamt 14 unterentwickelten Staaten Auslandshilfe-Abkommen abgeschlossen und dabei Kredite in Höhe von nahezu 2 Milliarden Dollar für Waren und Dienstleistungen gewährt. Die Russen haben sich auf die Finanzierung der verschiedensten, in solchen Fällen üblichen Projekte eingelassen: Der Finanzierung von Zucker- und Lederwarenfabriken, oder von Bewässerungsanlagen. Bei der Planung und Durchführung solcher Projekte sind sie allerdings völlig anders als die Amerikaner mit ihren Auslandshilfe-Programmen vorgegangen.

Zum ersten haben sich die Russen auf einige wenige Länder an der Peripherie des von ihnen beherrschten Raumes konzentriert. Sechs Länder, in denen die Tendenz zum Neutralismus ausgesprochen stark ist — d. h. Jugoslawien, Indien, Afghanistan, Ägypten, Syrien und Indonesien — haben rund 95 Prozent der Kredite erhalten. Drei weitere Länder — die Türkei, Persien und Island, alles also Verbündete der Westmächte — sind mit Angeboten geradezu überflutet worden und haben nunmehr auch russische Hilfe angenommen.

Zum zweiten sind die Angebote der Russen ausgesprochen attraktiv: Sie bieten langfristige Kredite mit niedrigem Zinssatz und in vielen Fällen rückzahlbar in der Währung des Debitorlandes, oder auch in Gütern, die dieser Debitor im eigenen Lande herstellt. Für Anleihen verlangen die Russen im Durchschnitt 2 1/2 Prozent Zinsen, viel weniger also als die Weltbank oder als unsere eigene Export-Import Bank.

Zum dritten verstehen es die Russen, ihre Aktionen zur richtigen Zeit durchzuführen. Als sich Burma einer Absatzkrise in bezug auf seinen Reis gegenüber sah, boten die Russen ein beachtliches Kompensationsgeschäft an. Genau so verfahren sie in Ägypten, indem sie hier einem alarmierenden Überschuß an Baumwolle abhalfen. In Island verwandelten sich die Sowjets sozusagen über Nacht in einen großen Käufer, als Großbritannien seine Fischereieinfuhren aus diesem Lande einstellte. In dem Augenblick, in dem in Indonesien ein wirtschaftlicher und politischer Zusammenbruch unmittelbar bevorzustehen schien, waren die Russen zur Stelle mit einem Entwicklungs-Kredit von 100 Millionen.

Die Sowjets befinden sich noch im Stadium des Experimentierens und Ausprobierens. Schon jetzt aber läßt sich sagen, daß sie ein wenig von dem Talent für Wirtschaftskriegführung an den

Tag legten, das wir im Hitler-Deutschland erleben konnten. Dr. Max Millikan von dem Mass. Institut für Technologie (Massachusetts Institute of Technology) — einer der ersten, der die neue Schwerpunktverlagerung im sowjetischen Staat erkannte — hat die Feinheiten der sowjetischen Methoden mit folgenden Worten zum Ausdruck gebracht: „... in Ländern wie Indonesien, wo wir den Versuch unternommen hatten, unsere Hilfe mit einem gar nicht erwünschten militärischen Bündnis zu koppeln, haben die Russen ihrerseits immer wieder betont, daß ihr Hilfsprogramm nicht das geringste zu tun habe mit militärischen Abkommen. In Burma, wo die Angebote des Westens an die Beibehaltung des Privateigentums und andere Dienstleistungen geknüpft worden war, stellten die Russen ihre Sympathien für die Ziele der Burmesischen Sozialisten heraus. Ländern wie Ägypten, die von uns keine Waffen erhalten konnten, boten sie Waffen und militärische Ausrüstung jeder Art

Natürlich sind die Russen bei der Durchführung ihrer neuen Politik nicht immer unfehlbar gewesen. Einige Angebote sowjetischer Hilfe sind zum Beispiel abgelehnt worden. Andere ihrer Kunden haben Klage geführt über zu langsame Lieferungen oder schlechte Qualität.

Die Fehlkalkulation in Sachen Jugoslawien ging allerdings über das normale Maß an unvermeidlichen Fehlern weit hinaus. Im Jahre 1955 machten sich Chruschtschow und Bulganin zu ihrer Entschuldigungsreise nach Belgrad auf, um den 1948 mit Tito begonnenen Familienzweist wieder beizulegen. Auf eine ganze Reihe von Tagen der Festivitäten und Tischreden folgte dann etwas sehr Handgreifliches: Rußland schloß nämlich ein Abkommen, das einen 500-Millionen-Investitionskredit für Jugoslawien vorsah. Im Mai 1958 fing man in Rußland jedoch plötzlich an, den jugoslawischen „Revisionismus“ zu attackieren und trat von allen Hilfsabkommen zurück. Einen Augenblick lang also wurde die eiserne Faust für jedermann deutlich zu Schau gestellt — was Neutrale wie Nehru nicht wenig alarmierte.

Fehler selbst in diesem jugoslawischen Ausmaß werden jedoch die russische Wirtschafts-Offensive nicht aus den Angeln heben. Denn im Gesamtzusammenhang der sowjetischen militärischen Entwicklung und Strategie ist eben diese Wirtschafts-Offensive das ideale Instrument für die nächste Phase ihres Strebens nach der Weltherrschaft. Die Russen suchen ja ein Mittel der Politik, das einerseits durchschlagend genug ist, um ihr Ziel der Weltherrschaft zu fördern, andererseits aber auch so subtil, daß die tödlichen Gefahren einer atomaren „Einsäuerung“ vermieden werden. Eben solch ein Mittel ist nun aber der Wirtschaftskrieg; denn hier handelt es sich um eine äußerst anpassungsfähige, scharfe „Mehrzweckwaffe“.

Mit dieser Waffe läßt sich nämlich sehr gut der Weg ebnen für eine diplomatische Anerkennung solcher Regime wie die des ostdeutschen oder rotchinesischen. Weiter kann man sich da-

an. Ländern mit landwirtschaftlichen Überschüssen, die unter dem Druck einer ihrer Ansichten nach von den USA befolgten Politik des Dumping litten, offerierten sie langfristige Kaufverträge zu scheinbar günstigen Bedingungen. Sahen sich die Sowjets aber (etwa in Indien) Fälligkeiten gegenüber, in denen sich die betreffende Regierung besorgt zeigte über Zinssätze und andere, in den westlichen Angeboten enthaltene Bedingungen, offerierten sie Kredite mit besseren Zinssätzen und auch sonst günstigeren Bedingungen. Überall in der Welt boten die Russen technische Hilfe, Ingenieure als Berater oder einer Ausbildung in Betrieben an. Überall schließlich kamen sie dem stark ausgeprägten Verlangen der eben erst selbständig gewordenen Länder nach Geltung und Ansehen dadurch entgegen, daß sie ihre bekanntesten, obersten Führer zu Verhandlungen und Missionen des guten Willens entsandten“.

Eine Mehrzweckwaffe

mit des Wohlwollens politisch profilierter Gruppen im Ausland versichern und durch den Austausch etwa von Technikern auch Kanäle für die Unterwanderung und Infiltration erschließen. Ganz wie die Propaganda, kann auch das Mittel des Wirtschaftskrieges eingesetzt werden, gewissermaßen als Skalpell — zum Abtasten und dann auch zum Infizieren beinahe jeder einzelnen Wunde im corpus politicum eines Landes. Schließlich aber lassen sich damit auch ganz allgemeine Zwecke erreichen.

Etwa als Regulierungsmoment der ganzen politischen Atmosphäre kann der Wirtschaftskrieg sowohl der Abkühlung wie der weiteren Aufpeitschung von Spannungen dienen. In der Türkei zum Beispiel halfen sowjetische Angebote das Ressentiment überwinden, das in der Nachkriegszeit durch Rußlands Griff nach den Dardanellen ausgelöst worden war. Umgekehrt bewirkten russische Angebote einer Wirtschafts- und Militärhilfe in Syrien (einem Land, das in dem Staate Israel seinen Hauptfeind erblickt und ganz allgemein empfindlich gegenüber allen Formen kolonialer Herrschaft ist), daß die antiwestlichen Gefühle immer mehr aufgeputscht wurden.

Macht man von ihnen isoliert Gebrauch, dann können wirtschaftliche Maßnahmen keine Entscheidungen herbeiführen. In Verbindung mit militärischen Drohungen, mit Propaganda und diplomatischen Manövern können sie jedoch den Ausschlag geben. Unter den Dutzenden von „hungrigen“ und „unruhigen“ Ländern in der ganzen Welt wird es immer irgendwo eins geben, das sich am Rande einer Währungskrise, einer Revolution, einer Kabinettsauflösung, einer Inflation oder eines „heißen“ Grenzwischenfalles befindet. In solchen Situationen kommt es dann zu einer Art strategischem Spiel, das man russischen Poker, wenn nicht sogar russisches Roulette nennen könnte. Um einen Stich zu gewinnen, braucht man nicht unbedingt Tanks einzusetzen. Es genügt, wenn man einen kleinen Fortschritt erzielt, — etwa in Richtung

auf einen neuen Kabinettsposten für einen Gewährsmann, eine Kehrtwendung in UNO-Abstimmungen oder eine Ausbootung irgendeines westlichen Beraters. Bei diesem Spiel gilt wie bei jedem Poker die Regel, daß derjenige, der eine genügende Anzahl von Stichen gewinnt, schließlich auch den Sieg davon trägt.

Vom russischen Standpunkt aus betrachtet besteht eine der größten Attraktionen des Wirtschaftskrieges zweifellos darin, daß alle heute existierenden Verträge, völkerrechtliche Normen und Mechanismen einer internationalen Kontrolle ihrer Natur nach nicht dazu benutzt werden können, um einem Angreifer-Staat Einhalt zu gebieten und ihn zu bestrafen. Wenn es innerhalb der Gemeinschaft der Völker nicht möglich war, im Falle von Ungarn und dem Libanon eine Aggression zu konstatieren und zum Still-

stand zu bringen, wie sollte sich dann das Verbrechen in den sehr viel subtileren Fällen etwa einer Waffenlieferung oder eines bewußt „ausbeuterischen“ Massenkaufes ausfindig machen und bestrafen lassen?

Nach den traditionellen Maßstäben des Völkerrechtes stellt jede Aggression eine bestimmte Maßnahme dar. Heute jedoch ist sie zu einem kontinuierlichen Prozeß geworden, der sich beinahe unmerklich weiterentwickelt, so daß die Sanktionen von früher gar nicht mehr anwendbar sind. Abgesehen von den neuen Gegebenheiten der sowjetischen Kapazität auf militärischem, wirtschaftlichem und technischem Gebiet hat vornehmlich die Entdeckung dieser Wahrheit von den indirekten Aggressionen einen unerhört tiefgreifenden Einfluß auf die gesamte russische Strategie gehabt.

Grenzen der Wirtschaftskriegführung

Viele der höchsten Beamten in Washington sind heute zu dem Schluß gekommen, daß die Russen in ihren massierten Anstrengungen auf militärischem Gebiet nicht nachlassen werden. Dieses Potential werden sie jedoch in Reserve halten. Der eigentliche Kampfplatz in der jetzt einsetzenden Phase des Kalten Krieges wird in den sogenannten nichtfestgelegten (non-committed), unterentwickelten Gebieten liegen. Die Russen werden bei ihrem Angriff hier als Hauptwaffen den Handel, das Öl und die technische Hilfe einsetzen. Wenn diese Analyse zutrifft, dann bedeutet es nicht viel mehr und nicht viel weniger, als daß die Russen sich dazu entschlossen haben, zusätzlich zu ihrem bereits ungeheuer gewaltigen Rüstungsprogramm auch noch die Kosten für einen Wirtschaftskrieg auf sich zu nehmen. Die Frage ist nun aber, ob sie den finanziellen Auswirkungen einer solchen Strategie wirklich gewachsen sein können.

Die Antwort auf diese Frage muß positiv ausfallen. — Die intensiven Handelsbemühungen, die zweifellos auch einige politische Früchte mit sich bringen werden, kosten im Grunde gar nichts, ja stellen unter Umständen sogar ein ausgesprochenes Profitunternehmen dar. Die europäischen Satellitenstaaten, insbesondere die Tschechoslowakei und die Sowjetzone — brauchen nämlich für ihre Produktionsbetriebe sowohl Rohmaterialien wie auch Märkte. Es ist eine der Auswirkungen des russischen Industrialisierungsprozesses, daß auch der Handel mit den nicht-industrialisierten Ländern für die große Macht im Osten wahrscheinlich von Vorteil sein kann. Auch die Form der Wirtschaftshilfe, wie sie von den Russen erfunden worden ist, bringt im Endeffekt keinerlei große Selbstkosten mit sich, da sich ja praktisch alles auf dem Wege von Anleihen abwickelt.

Der Kapazität der kommunistischen Länder bei der Gewährung von Krediten und von Wirtschaftshilfe sind jedoch auch Grenzen gesetzt. Dem Bürger der Sowjetunion sind seit Jahren viele Artikel des täglichen Bedarfs vorenthalten worden, da man nur so den Erfordernissen der riesigen sowjetischen Rüstungspolitik gerecht werden konnte. Jetzt aber fängt eben dieser So-

wjetbürger langsam an zu murren. Das Programm der Auslandshilfe ist somit kaum dazu angetan, dem berühmten Mann auf der Straße ein Gefühl der Befriedigung zu verleihen. Es ist daher sehr bezeichnend, daß die Sowjets ihren Anstrengungen auf dem Gebiete der Auslandshilfe, zwar im Ausland zur größtmöglichen Publizität verhelfen, sie im Lande selber jedoch so gut wie gar nicht erwähnt haben.

Am ernstesten wirken sich jedoch die Beschränkungen aus, die sich aus der Tatsache ergeben, daß Rotchina und die Satellitenstaaten der russischen Hilfe bedürftig sind. Indien mit einem Stahlwerk zu versorgen, bedeutet aber naturgemäß, daß man keins an China, Polen, Ungarn oder Rumänien liefern kann. Wenn überhaupt irgend etwas den Russen auf jedem einzelnen Sektor ihrer Außenpolitik einschließ-

Ein Marschall als Geschäftsmann

Es ist gut möglich, daß Mikojan — dieser dunkle Armenier mit dem scharfgeschnittenen Gesicht, der Rußlands Planungsstrategie Nr. 1 auf dem Gebiete der Wirtschaftskriegführung ist — in seinem Metier bald über eine Milliarde Dollar jährlich verfügen wird. Was kann er mit solchen Summen anfangen?

Dieser Mann, dessen politische Wendigkeit geradezu legendäre Züge aufweist, ist ein Kaufmann und Manager, der auch der kapitalistischen Welt alle Ehre machen würde. So sagte etwa ein prominenter amerikanischer Industrieller nach einem Besuch in Moskau kürzlich: „Es gibt zwei Menschen, die ich am liebsten für die amerikanische Wirtschaft gewinnen möchte: den Kardinal Spellmann und Mikojan. Hätte sich der Kardinal nicht für die Priesterrobe entschieden, so wäre er zweifellos Präsident des größten Wirtschaftsunternehmens in den USA geworden. Wäre Mikojan aber ein Bankfachmann für Investitionen, dann würde er ein solches Unternehmen zweifellos in seinen Besitz bringen“.

Von seinem Schreibtisch im Kreml aus überblickt Mikojan ein riesiges wirtschaftliches

lich dem wirtschaftlichen Einhalt gebieten kann, so ist es in der Tat die Möglichkeit, daß die ständig unter der Oberfläche schwelende Unruhe in den Satellitenstaaten eines Tages in eine flammende Revolte übergehen könnte. Durch die miteinander konkurrierenden Ansprüche auf sowjetische Hilfe, die einerseits von den Satellitenstaaten, andererseits aber von den neutralen, unterentwickelten Gebieten erhoben werden, sehen sich die Führer im Kreml vor ihre schwierigste Wahl gestellt.

Einen Ausweg aus diesem Dilemma bietet jedoch die Expansion der sowjetischer Wirtschaft. In den letzten Jahren hat die Wachstumsrate der gesamten Sowjetwirtschaft bei rund 6 Prozent jährlich gelegen. Die industrielle Produktion konnte um 10 Prozent jährlich gesteigert werden — im Vergleich zu höchstens 4, möglicherweise sogar weniger als 3 Prozent in den Vereinigten Staaten. Auch die Prognosen für die weitere Expansion in Rußland lauten durchaus günstig, da die Investitionsrate bei Produktionsanlagen zur Zeit mit jährlich 25 Prozent der Gesamtproduktion anzusetzen ist — im Vergleich zu 17 Prozent in den Vereinigten Staaten.

Die amerikanischen Wirtschaftsexperten stimmen zwar nicht überein in ihrer Beurteilung der genauen Wachstumsrate der sowjetischen Wirtschaft. Die meisten von ihnen sind jedoch der Ansicht, daß die Sowjetunion heute immer noch weniger in ihr Auslandhilfe-Programm hineinsteckt, als sie sich tatsächlich leisten könnte, daß sie sogar bei dem augenblicklichen Stand ihrer Wirtschaft diese Hilfe um ein vier- bis fünffaches erhöhen könnte, und daß sich schließlich ihre Kapazität auf dem Gebiete der Wirtschaftskriegführung in den kommenden Jahren ständig vergrößern dürfte.

Schlachtfeld, das ihm vielversprechende Möglichkeiten bietet. Auf der einen Seite sieht er, wie die Vereinigten Staaten eine Reihe von seltsamen Manövern auf dem Gebiete der Wirtschaft ausführen: einmal wird die Wirtschaft gedrosselt, ein anderes Mal aktiviert; man wird nicht fertig mit den Problemen des Nachwuchses und der Technologie, oder man konzentriert sich zu einseitig auf die Vorbereitungen für die militärische Verteidigung.

Auf der entgegengesetzten Seite sieht Mikojan eine große Anzahl von armen, wenig stabilen Ländern, die sowjetischen Angeboten gegenüber durchaus zugänglich sind. Einige von diesen Ländern sind sogar so weit gegangen, in ihren eigenen Plänen geradezu von der Annahme auszugehen, daß sich der wirtschaftliche Einfluß der Sowjets weiter verstärken wird. In einem der größeren südamerikanischen Staaten ist soeben eine Studie fertiggestellt worden, die zu dem Schluß kommt, daß innerhalb der nächsten 15 Jahre die Absatzmöglichkeiten in Rußland genau so groß sein werden wie heute in Amerika, und daß daher die ganze Außenhandelspolitik des Landes auf diese Entwicklung abzustellen ist.

Das winzige Eiland vor Haiti an der Handelsroute zum Panamakanal könnte Herrn Mikojan zum Beispiel als eine der vielen sich ihm bietenden Möglichkeiten faszinieren. Was würde die Sowjetunion herausholen können im Tausch für ein langfristiges Angebot die Kaffeeproduktion zu Höchstpreisen aufzukaufen? Andere Möglichkeiten zeichnen sich ab in Bolivien oder Malaya, wo das wichtige Zinn auf dem Spiele steht. Welche Auswirkungen würde es für die Produzenten und schließlich auch für die Politiker dieses Landes zeitigen, wenn die Russen ihr Zinn regelmäßig und in großen Mengen unter Weltmarktpreisen absetzen?

Ja es gibt vielleicht noch bessere „Jagdreviere“ für Herrn Mikojan. Denken wir nur an die Tatsache, daß die russischen Düsentransportmaschinen mit ihrer Geschwindigkeit, und ihrer technischen Perfektion einen großen Eindruck auf ausländische Fluggesellschaften gemacht haben. Wenn Rußland solche Flugzeuge nun im Handel zu niedrigen Preisen und günstigen Kreditmöglichkeiten anbieten sollte, dann könnte das ernsteste Rückwirkungen für die amerikanischen und englischen Flugzeugfirmen zeitigen. Oder — um ein anderes Beispiel zu nehmen: Vielleicht bietet sich Mikojan, wenn er nur genügend Geduld aufbringt, eines Tages die Chance, daß er einer nicht mehr „aus noch ein wissenden“ französischen Regierung eine größere Goldanleihe anbieten kann, um dann zu sehen, wie sich dies auf die französisch-deutschen Beziehungen und auf den Trend in der französischen Innenpolitik auswirken würde.

Mikojan wird natürlich bei all dem in Rechnung stellen müssen, daß die gesamte Produktion in den Vereinigten Staaten immer noch zweieinhalb mal so groß ist wie die in der Sowjetunion. Der Abstand verringert sich jedoch zusehends. Auch darf man den äußerst wichtigen Unterschied zwischen „Fett und Muskeln“ in diesem Zusammenhang nicht außer acht las-

sen. Ein großer Teil der amerikanischen Produktion kommt dem Luxus und der Neuerungs-sucht zugute, während Rußland planmäßig seine Produktion auf Güter konzentrieren kann, die für den Kalten Krieg absolut lebensnotwendig sind.

Die Vereinigten Staaten geben an ausländische Staaten jährlich etwa 5 Milliarden Dollar in Form von Wirtschaftshilfe oder Anleihen. Aber trotz dieses großen Volumens haben wir immer noch keine wirkliche Konzeption in der Auslandshilfe für die neutralen und unterentwickelten Gebiete erarbeiten können, auf die es Rußland ja hauptsächlich abgesehen hat. Von den 70 Milliarden US-Krediten und -Anleihen seit Kriegsende erhielten diese unterentwickelten Länder nur ein Fünftel. Selbst bei diesem Fünftel entfiel der Hauptanteil auf die militärische Stärkung in sieben Ländern mit einer Gesamtbevölkerung von rund 200 Millionen, das heißt in Formosa, Griechenland, Indochina, Pakistan, den Philippinen und der Türkei.

Die übrigen Länder der freien Welt, in denen eine Milliarde Menschen wohnen, haben pro Jahr weniger als eine halbe Milliarde Dollar für ihre Entwicklung erhalten. Für die UdSSR stellt sich daher unsere Konkurrenz in den strategisch wichtigen, noch nicht festgelegten Ländern an der Peripherie der weltweiten Auseinandersetzung nicht gerade in einem überwältigenden Lichte dar.

Die größten Vorteile erwachsen Mikojan jedoch aus dem, was er zu tun versucht. Sein Ziel ist es ja nicht, in den verschiedenen Ländern eine starke, in sich ruhende Gesellschaftsordnung unter einer unabhängigen Regierung mitentwickeln zu helfen. Er fühlt sich auch in keiner Weise etwa dafür verantwortlich, daß die Weltwirtschaft heute reibungslos funktioniert. Ganz im Gegenteil: Sein Ziel ist das Chaos.

Amerikanische Wunschträume

Das russische Ziel läßt sich leider auf eine recht billige Weise erreichen. Das Wirtschaftsgefüge in einer Reihe von kleinen und wackligen Ländern bedarf zu einer endgültigen Sanierung mindestens einer Summe von 100 Millionen Dollar und einer Zeitspanne von 20 Jahren. Zur rechten Zeit eingesetzt können jedoch fünf Millionen Dollar diese Länder schon ruinieren. Für seine Zwecke kann daher Mikojan mit einem einzigen Rubel unendlich viel anfangen.

Während Moskau auf dem Gebiet des Welt-handels gekonnt und zielbewußt operiert, scheinen die USA wie der berühmte Stier Ferdinand nur daran interessiert zu sein, einmal an den Blumen riechen zu dürfen. Bei uns scheint zur Zeit jegliches Gefühl für eine zielbewußte Politik des Landes genauso wie jede Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung ausgesprochen schwach entwickelt und konfus zu sein.

Vielleicht handelt es sich bei all dem nur um einen vorübergehenden Trancezustand. Es gibt jedoch einige Anzeichen für das Vorhandensein eines tiefer sitzenden Durcheinanders — und

zwar im psychologischen Bereich. Eines dieser Anzeichen ist das häufige Auftreten dessen, was man das Abacadabra-Syndrom nennen könnte, wie es sich jetzt in einigen unserer elegantesten Zeitschriften feststellen läßt. Für gewöhnlich nimmt diese Krankheit die Form eines statistischen Jonglierens mit den akademischen Graden in Rußland und den USA an. Am Ende gelangt man dann zu irgendeiner Zahl X, die beweisen soll, daß es gar keine Rezession in Amerika gibt, daß sich die sowjetische Wirtschaft hingegen am Rande des Abgrundes bewegt, daß unsere Wissenschaftler die besten der Welt sind, und daß sich jeder somit wirklich eine Atempause der Erholung gönnen dürfe.

Ein anderes Anzeichen ist das, was man die „Jungfräuliche Reaktion“ nennen könnte. Die von diesem Symptom Befallenen sind romantisch veranlagte Leute wie der Senator Knowland. Sie meinen, die Vereinigten Staaten könnten jeder wirtschaftlichen Bedrohung durch die Sowjetunion dadurch begegnen, daß sie gegen den ganzen Handelsverkehr mit kommunistischen Ländern ein Embargo verhängen, und zwar ist da-

bei offensichtlich daran gedacht, solch ein Embargo für alle Zeiten gelten zu lassen. Hand in Hand mit dieser Auffassung geht dann die Illusion, daß es uns auf diese Weise gelingen wird, die sowjetische Wirtschaft in ihrem Wachstum zu strangulieren, Westeuropa, Südamerika und die neutralen Gebiete hingegen zu einem prompten Einlenken auf den amerikanischen Kurs zu veranlassen.

Ein drittes Anzeichen schließlich scheint eine Art Ausschlag zu sein, den man die „Ochsenmaul-Krankheit“ nennen könnte. Dieser Ausschlag ist offenbar äußerst ansteckend. Im Anfangsstadium neigen die Opfer dazu, sich bei jeder Kleinigkeit einer bombastischen Sprache zu bedienen. Jedes irgendwie geartete Problem ist sofort „eine historische Herausforderung“. Ein Ausdiskutieren solcher Probleme ist automatisch eine „große Debatte“, aus einer Entscheidung schließlich wird sogleich eine „Doktrin“. In einem späteren Stadium wird aus dieser einfachen Angeberei ein bewußtes Hinterslichtführen. Dann gibt man nämlich einer ganzen Reihe von improvisierten, völlig zusammenhanglosen Maßnahmen das Etikett einer „Politik“, während von einem „Ergreifen der Initiative“ gesprochen wird, derweil man in Wirklichkeit gerade in ganz konkreten Situationen versagt hat.

Wer in dieser Weise dahin tendiert, den Wunsch zum Vater des Gedankens zu machen, dem tut kein Stärkungsmittel so gut wie eine kräftige Dosis der nüchternen Wirklichkeit. So besteht die bittere Wahrheit in der Tat darin, daß die derzeitige Leistung der Amerikaner auf einer ganzen Reihe von Gebieten im Vergleich zu Rußland einfach „ungenügend“ ist. Das „ungenügend“ muß dabei im Augenblick mit einem russischen Maß gemessen werden. Nur auf diese Weise können wir nämlich feststellen, was etwa „schnell genug“ wäre bei der Raketenentwicklung, was „groß genug“ auf dem Gebiet der militärischen Anstrengungen überhaupt, und was schließlich „als ausreichend genug“ anzusehen ist, wenn es sich um die Wachstumsrate unserer gesamten Wirtschaft handelt.

Zu dem Standardrepertoire aller amerikanischen Verlautbarungen über außenpolitische Probleme gehört die kühne Behauptung, daß wir uns nicht nur mit einer Reaktion auf jeweilige Schachzüge der Russen begnügen werden. Es wäre jedoch bescheidener und praktischer (und ganz abgesehen davon auch für unsere Freunde beruhigender), wenn wir erst einmal anfangen würden, einige der tatsächlichen Probleme der gegenwärtigen Lage zu meistern. Bevor wir uns mit Elan in neue Unternehmungen stürzen, täten wir besser daran, zunächst erst einmal unsere alten Positionen wiederzugewinnen.

Die Frage der Wirtschaftshilfe liefert hier ein typisches Beispiel: Vor zehn Jahren legten die Vereinigten Staaten ihre größte außenpolitische Initiative der Nachkriegsjahre an den Tag, als sie den Marshall-Plan entwickelten. Noch heute kommt diese große und wirklich kluge Investition dem amerikanischen Prestige und der Sicherheit unseres Landes immer wieder zugute. Es muß nun aber auffallen, daß die meisten

Schöpfer jenes genialen Planes — und zwar sowohl auf republikanischer wie auf demokratischer Seite — heute nicht mehr in Washington zu finden sind. Einige von ihnen sind inzwischen politisch einem Scherbengericht anheimgefallen, viele andere haben sich völlig in dem Gefühl zurückgezogen, daß der Lohn ihrer Arbeit nur Vereitelung und Überanstrengung gewesen sei.

Man hat solche Leute, ja im Grunde die ganze, dem Marshall-Plan zugrunde liegende Sicht der weltpolitischen Lage, heute zum alten Eisen geworfen, weil eine Erkenntnis, der wir einmal gehuldigt haben und die wir auch verstanden, inzwischen in Vergessenheit geraten ist. Diese Erkenntnis bestand darin, daß die militärische Sicherheit der USA genau so eng verknüpft ist mit dem Gesamtkomplex „Wirtschaft“ wie mit dem der militärischen Ausrüstung. Eine solche Erkenntnis ist aber heute noch genau so aktuell und lebensnotwendig wie im Jahre 1948.

Die Russen verfügen jetzt über die nötigen Mittel, die Willenskraft und auch die Fähigkeit, um einen langanhaltenden Wirtschaftskrieg führen zu können. Nach Ansicht einer ganzen Reihe von vernünftigen und verantwortlichen Männern würde ein Versuch in dieser Richtung, wenn man ihm keinen Widerstand entgegen-

setzt, zur Spaltung und schließlich zur Vernichtung der westlichen Welt führen.

Natürlich gibt es in beiden amerikanischen Parteien Leute, die mit dieser Auffassung nicht konform gehen. Einige von ihnen sind fest davon überzeugt, daß unsere Sicherheit einzig und allein militärisch bedroht wird. Andere wiederum halten das, was sich uns als sowjetisches Machtpotential darstellt, im Grunde für eine Fassade. Noch andere wiederum weigern sich einfach zu glauben, daß es Chruschtschow wirklich ernst meint mit seinen Prognosen über die Form der bevorstehenden Auseinandersetzungen. Nun ist es zwar durchaus möglich, daß sich solcherlei, zunächst unwahrscheinlich anmutende Voraussagen westlicher Beobachter im Endeffekt doch noch als richtig herausstellen werden. Ganz abgesehen davon, daß wir ohnehin leicht zu einer Unterschätzung unserer Gegner neigen, wäre es aber für eine Nation, für die so viel auf dem Spiele steht und die eine solche Verantwortung auf sich geladen hat wie die unsere, ausgesprochen unklug, wenn sie weiterhin ihre Politik „zusammenbraut“ aus einer Mischung von optimistischen Annahmen und bequemen Hypothesen. Einer Politik des common sense entspräche es vielmehr, die verschiedenen, auf rot stehenden Signale zu beachten und uns nicht nur um unsere militärische Stärke, sondern auch um unsere wirtschaftliche Verteidigung zu kümmern.

Sieben Wege zu einer freien Welt

Es ist durchaus möglich, ja sogar sehr wahrscheinlich, daß wir uns zu einer solchen Politik des common sense erst bereit finden werden, wenn wir noch weitere schwere Schläge eingesteckt haben. Wenn wir uns aber einmal — oder, wie wir auch sagen könnten, „jemals“ — zum Handeln entschließen sollten, dann müssen wir folgende sieben Faktoren genau beachten:

1. Wir müssen uns zu der Erkenntnis durchringen, daß eine florierende und einigermaßen wohlgeordnete Weltwirtschaft die entscheidende Abwehr gegen eine sowjetische Wirtschaftsoffensive darstellt. Ein noch größeres Maß an Freihandel, mehr Investitionen im Ausland und eine kontinuierliche Unterstützung aller bestehenden internationalen Wirtschaftsgremien sind absolut unerläßlich. Wir müssen uns hier jedoch auch einiges Neue einfallen lassen. In Westeuropa und Japan zum Beispiel müssen wir die latent immer vorhandene Gefahr einer Währungskrise mit beseitigen helfen, und zwar am besten wohl dadurch, daß wir unseren Beitrag für den Internationalen Währungsfonds ganz wesentlich erhöhen. Wir müssen uns darauf einstellen, die Entwicklungspläne unserer Freunde in den noch nicht industrialisierten Ländern auf viele Jahre hinaus zu fördern. Wir müssen schließlich auch bereit sein, ihnen unter die Arme zu greifen, wenn es gilt, schädigende Preisstürze auf dem Gebiet der Eigenproduktionen dieser Länder (so etwa bei Zucker, Kakao, Kupfer oder Baumwolle) aufzufangen.

2. Wir müssen erkennen, daß jedem einzelnen sowjetischen Vorstoß auf wirtschaftlichem

Gebiet unter allen Umständen wohlgezielte Gegenmaßnahmen von unserer Seite folgen müssen, und daß solche Maßnahmen in die alleinige Zuständigkeit der Regierung fallen. Das freie Unternehmertum trägt zwar durch seine Projekte und Investitionen im Ausland sowohl zur Vermehrung des amerikanischen Prestiges und Einflusses wie zum richtigen Funktionieren des Wirtschaftsgefüges der freien Welt entscheidend bei. Wer aber die Auffassung vertritt, daß man die Privatwirtschaft als Stoßtrupp zur Zerschlagung der russischen Wirtschaftsoffensive einsetzen kann, der leistet damit weder unserem Lande noch dem freien Unternehmertum selber einen Dienst. Je genauer unsere Unternehmer die schmeichelhaften Reden über eine Partnerschaft zwischen Industrie und Regierung im Kalten Krieg unter die Lupe nehmen, um so mehr beginnen sie die Vermutung zu hegen, daß diesem Gerede nur der Wunsch amtlicher Stellen nach einem Abschieben schwieriger Aufgaben zugrunde liegt.

3. Der Kongreß muß der Regierung eine größere Handlungs- und Ermessensfreiheit auf den Gebieten der Auslandshilfe, des Außenhandels und der Probleme des Wirtschaftskrieges einräumen. In den letzten Jahren haben sowohl das Repräsentantenhaus wie der Kongreß sehr viel Phantasie an den Tag gelegt, um die verschiedensten Methoden zur Eindämmung, Behinderung und Kontrolle der Regierungsmaßnahmen zu entwickeln: So setzte man besondere Überwachungsausschüsse ein, verlangte eine ständige Berichterstattung und veranstal-

tete endlose Befragungen. Wir sind jetzt glücklich dahin gekommen, daß unser außenpolitisches „Oberkommando“ 50% seiner Zeit in einem Kleinkrieg auf dem Kapitol verzehrt, anstatt die ihm gestellten Aufgaben zu erfüllen. Der Wirtschaftskrieg verlangt aber von uns vor allem Beweglichkeit, Anpassungsfähigkeit und Handlungsfreiheit. Der Kongreß muß daher in irgend einer Form verstehen lernen, daß er seine „klebrigen Finger“ nicht in die Nähe des „Steuers“ bringen darf.

4. Die Exekutive muß zunächst einmal den entscheidenden Schritt tun und das Wirtschaftspotential einem einheitlichen Kommando unterstellen. Washington ist berüchtigt dafür, daß seine wirtschaftliche Kommandogewalt total zersplittert ist. Dieser Zustand führt dann dazu, daß solche Dinge wie Außenhandel und Zollpolitik, technische Hilfe, Finanzpolitik und militärische Beschaffungsprogramme für das Ausland samt und sonders für sich gehandhabt werden, ohne daß jemand den Versuch einer Koordination unternimmt. Der Vorschlag, analog zu dem Nationalen Sicherheitsrat auch einen Nationalen Wirtschaftsrat ins Leben zu rufen, verdient daher durchaus Beachtung. Erneut überprüft werden muß hingegen wohl die zur Zeit noch gültige Auffassung, daß das „Amt für koordinierende Maßnahmen“ (Operations Coordinating Board) ein hinreichender Ersatz ist für ein „Amt der Wirtschaftskriegführung“.

5. Wir müssen uns mit der Tatsache vertraut machen, daß es in den kommenden Jahren auf dem Gebiete der Weltwirtschaftspolitik mehr als unorthodox zugehen wird. Wer gegen Mikojan bestehen will, der wird sich auf sehr viele anomale Handels- und Investitionspraktiken einlassen müssen, so da sind: Präferenzkäufe, politische Preise, Exportsubventionen und vielleicht sogar Kompensationsgeschäfte. An Sonntagen können wir Amerikaner es uns vielleicht weiterhin leisten, in Predigten darüber belehrt zu werden, daß wir mit jedem Abweichen von den klassischen Rezepten eines Adams Smith der ewigen Verdammnis anheimfallen. An Werktagen jedoch, wenn Mikojan z. B. das bereits erwähnte Kaffee-Angebot gegenüber Haiti macht, müssen wir in der Lage sein mehr zu tun, als nur die amerikanische Lebensmittel-Kommission darauf aufmerksam zu machen.

6. Neue Ideen und Persönlichkeiten, von denen solche Ideen ausgehen können, müssen wieder Einlaß finden in das Leben unserer Ämter. Noch gibt es nämlich eine ganze Menge Dinge im Bereich der uns konfrontierenden wirtschaftlichen Probleme, von denen wir gar keine Ahnung haben. Welche Faktoren z. B. begünstigen das Entstehen und die Weiterentwicklung eines wirtschaftlichen Wachstumsprozesses, und was kann man überhaupt tun, um einer solchen Entwicklung nachzuhelfen? Oder: Wenn wir uns wirklich auf eine Politik der Stabilisierung der Weltmarktpreise einlassen, wie können wir es dann vermeiden, in den Sumpf der Preisabstützungen, der Produktionskontrollen und der nicht mehr endenden Subventionen hineinzugeraten? Oder: Wenn wir einmal aufhören, zum Thema „Regionale Gruppierungen“

und „Gemeinsame Märkte“ bloße Phrasen zu dreschen, worin sehen wir dann eigentlich die echten Möglichkeiten, aber auch die Gefahren auf diesem ganzen Sektor?

Glücklicherweise sind in letzter Zeit einige Anläufe zu einem neuen Nachdenken über alle diese Probleme zu verzeichnen. Einfallsreiche Vorschläge kommen jetzt aus einer ganzen Reihe von Richtungen: So will man die Zusammenarbeit unter den Mitgliedsstaaten der Atlantischen Gemeinschaft bei der Hilfe für unterentwickelte Gebiete verstärken; die Vereinigten Staaten und Rußland sollen beide dazu bewogen werden, einen größeren Anteil ihrer Auslandshilfe durch die UNO zu verteilen; man will ferner auf neuartige Weise Investitionen der sogenannten „Gegenwertfonds“ fördern und schließlich ein Institut für Entwicklungskredite im Rahmen der Weltbank errichten.

Der Reichtum an neuen Ideen würde zweifellos weiter verstärkt werden, wenn wir dem äl-

testen, stets unter der Oberfläche schwelenden Bürgerkrieg in Amerika, nämlich dem zwischen den Unternehmern, Wissenschaftlern und Regierungsexperten — endlich ein Ende bereiten könnten. Kombiniert würden wir die in allen drei Bereichen vorhandenen Talente noch viel besser nutzen können.

Am vielversprechendsten aber ist die Tatsache, daß am Washingtoner Firmament ein leuchtender, neuer Stern erschienen ist, und zwar Mr. Douglas Dillon, der neue Staatssekretär für Wirtschaftsfragen. Seine Energie und seine Führungsqualitäten haben schon jetzt bewirkt, daß die Beamten dieser Behörde erstmalig seit vielen Jahren Anwandlungen von Enthusiasmus an den Tag legen.

7. Schließlich müssen wir uns für unser eigenes Wirtschaftsleben neue Ziele setzen und diese dann auch verwirklichen. Daß an Besessenheit grenzende, in der Wirkung aber retar-

dierende Trachten nach einem „ausgeglichenen Haushalt“ muß unbedingt ersetzt werden durch ein Streben nach einer weiteren Steigerung unseres Wirtschaftspotentials. Wenn wir das großartige Produktionspotential unseres Wirtschaftsystems voll ausschöpfen würden, dann verschwänden zweifellos die meisten Schwächen der freien Welt, die im Augenblick eine Wirtschaftsoffensive der Russen geradezu herausfordern. Dann könnten wir nicht nur unsere eigenen Bedürfnisse voll decken, sondern auch einen entscheidenden Beitrag zur Deckung der Bedürfnisse anderer Länder leisten — ohne uns dabei Einschränkungen auferlegen zu müssen.

Wenn wir erst einmal unser gesamtes Potential richtig ankurbeln, dann können wir auch Chruschtschow's Fehdehandschuh zurückwerfen und darauf vertrauen, daß die freie Welt auf unserer Seite sein wird.